

Auf dem Nürnberger Parteitag haben die Wortführer der süddeutschen Budgetbewilliger vor Allem auf die Vorteile hingewiesen, die sie den Im Dienste des Staates stehenden Arbeitern erkämpft haben; zur Sicherung dieser Vorteile sei es dann notwendig gewesen, die Mittel zu bewilligen, aus denen sie bezahlt werden könnten. Sie haben nicht bemerkt, dass gerade durch die Verknüpfung mit der Budgetbewilligung ihre Arbeiterpolitik an stelle eines sozialdemokratischen einen ganz anderen, einen bürgerlichen Charakter bekam. Wir treiben Arbeiterpolitik, Klassenpolitik, Jede Klasse treibt Klassenpolitik, wenn sie es auch unter solche Ausdrücke wie Gemeinwohl und Prinzipienkampf verstecken mag. Aber zwischen Klassenpolitik und Klassenpolitik ist zu unterscheiden. Jede Klasse kämpft für seine unmittelbaren Interessen, in dem Sinne einer besseren Lebenshaltung, eines grösseren Anteils an dem gesellschaftlichen Arbeitsertrag für seine Mitglieder. Aber eine aufsteigende Klasse kämpft noch in einem anderen Sinn für ihr Klasseninteresse. Sie kämpft um die Herrschaft im Staate; sie kämpft für eine gesellschaftliche Umwälzung, für eine neue Gesellschaftsordnung, die eine höhere Entfaltung der Produktivkräfte ermöglicht. Ihr Kampf ist ein revolutionärer Kampf. Und damit bekommt ihre Politik einen neuen und höheren Charakter. Aus dem Bewusstsein, dass ein völliger Umschwung der Verhältnisse notwendig ist, dass die alten Zustände unhaltbar sind, dass die ganze Menschheit durch eine Revolution auf eine höhere Entwicklungsstufe gelangen wird, wächst eine Begeisterung, ein Idealismus, und eine Hingabe empor, die eine beschränkte Interessenpolitik nie erzeugen könnte. An Stelle der Erringung von Vorteilen werden oft die schwersten Opfer im Dienste des grossen Zieles gebracht. So ist die Klassenpolitik einer aufsteigenden Klasse zugleich ein hinreissender Kampf für grosse Ideale, weil die materiellen Interessen dieser Klasse nicht nur einen grösseren Anteil am gesellschaftlichen Produkt sondern vor Allem eine Revolution der bestehenden Gesellschaftsordnung erfordern.

Das galt früher für die Bourgeoisie, das gilt jetzt in noch höherem Sinne für das Proletariat. Mit dem Unterschied freilich, dass der Klassencharakter seiner revolutionären Politik früher dem Bürgertum nicht bewusst war, jetzt aber dem Proletariat sehr klar bewusst ist. Das Proletariat stellte seine Klassenpolitik der Klassenpolitik der Bourgeoisie gegenüber. Da das Proletariat die emporsteigende revolutionäre Klasse war, zeigte sich immer klarer, dass seine Politik vom höchsten Idealismus erfüllt ist, und in Wirklichkeit die höchsten Kulturinteressen der ganzen Menschheit vertritt. Dagegen sank die bürgerliche Politik, die sich als die Vertreterin des Gemeinwohls gebärdet hatte, zu einer Cliquen- und Gruppenpolitik herab. Für untergehende ausbeutende Klassen giebt es neben dem alle Gruppen einigenden Streben, ihre Herrschaft und Ausbeutung zu erhalten, nur dieses Ziel aller Politik: einen möglichst grossen Teil des Mehrwerts auf Kosten der anderen Gruppen zu ergattern. Ihre Politik ist Interessenpolitik im niedrigsten Sinne des Wortes geworden.

Dieser Umschwung der bürgerlichen Politik ist die auffallendste Erscheinung der politischen Geschichte der letzten Dezennien. An Stelle der traditionellen Parteien, die die von ihnen vertretenen Interessen in der Gestalt allgemeiner Anschauungen und Prinzipien auf dem Gebiete der Staats- und Gesellschaftsordnung ausdrücken, treten offene Interessenverbände, die unverhüllt als ihr Ziel angeben, Sondervorteile für sich herauszuschlagen. Sondervorteile für die Bauern, Sondervorteile für die Detailhändler, Sondervorteile für die Beamten, für die Agrarier, für die Börse, für diese oder jene Gruppe von Industriellen! Die Politik wird zum Geschäft, zum Schacher, so viel für mich, so viel für dich. Man verbündet sich, nicht um gleichartige politische Forderungen zur Geltung zu bringen, sondern um sich zusammen die Macht zur Ergatterung von Sondervorteilen zu verschaffen. Daher sieht man heute auch Bündnisse zwischen Parteien, die man früher nicht geglaubt hätte, dass sie zusammengehen könnten. Der äusseren Form nach erscheint diese Politik als die Politik der grundsatzlosigkeit, der Prinzipienverleugung.



XXXV.

Wo das Bewusstsein des revolutionären Charakters des Arbeiterkampfes nicht klar und kräftig lebt, tritt nun leicht eine bürgerliche Arbeiterpolitik nach dem Modell der ~~Politik~~ modernen Politik der herrschenden Klassen hervor. Sie stellt sich als Ziel, Sondervorteile für die Arbeiter herauszuschlagen und für die unmittelbaren Interessen der Arbeiter in ähnlicher Weise einzutreten, wie die bürgerlichen Politiker für die bürgerlichen Gruppen. Da die revolutionäre Sozialdemokratie auch für die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse eintritt, bemerkt man in dem Tageskampf um Reformen meist keine grossen Unterschiede, wenn auch der Geist, der diesen Kampf beherrscht, ein grundverschiedener ist. Die revolutionäre Arbeiterpolitik kämpft für Sozialreformen, weil sie das Proletariat kräftigen und der herrschenden Klasse abgerungene Machtpositionen darstellen; die bürgerliche Arbeiterpolitik kämpft dafür, weil man die Arbeitermassen dadurch zu sich heranzieht, dass man ihnen Vorteile erkämpft. Die revolutionäre Arbeiterpolitik beansprucht die Stimmen der Arbeiterwähler für sich, weil sie für das Proletariat energisch gegen die unterdrückenden, ausbeutenden, regierenden Klasse gekämpft hat; die bürgerliche Arbeiterpolitik, weil sie die unmittelbaren Interessen der Wähler gut vertreten hat. Die revolutionäre Arbeiterpolitik sieht in anderen, sogenannten Volksparteien die schlimmsten Feinde des Proletariats, die bürgerliche Arbeiterpolitik sieht in ihnen gefährliche Konkurrenten, Nebenbuhler um die Gunst der Massen. Im Kampfe für Reformen, für Aufbesserung der Gehälter der Staatsarbeiter, für Freiheiten und Rechte, gegen die anderen Parteien stimmen die beiden Arten von Arbeiterpolitik überein, Aber dennoch trennt sie ein tiefer Kluft, der Kluft, der zwischen Budgetverweigerung und Budgetbewilligung liegt,

Vom Standpunkte der bürgerlichen Arbeiterpolitik ist die Budgetbewilligung die Krönung des Werkes der errungenen Verbesserungen; die Budgetverweigerung bleibt für die Fälle aufbewahrt, wo Regierung oder Mehrheit sich zu keinen Zugeständnissen bequemen wollten. Wer den revolutionären Charakter des proletarischen Kampfes nicht versteht und alle Politik in dem bürgerlichen Sinn, als Herausschlagen von Sondervorteilen auffasst, wird gar nicht verstehen, weshalb man die Gelder verweigert, nachdem man zuerst Vorteile errungen hat. Die Budgetverweigerung gehört dagegen zu der revolutionären Arbeiterpolitik, die in jeder Verbesserung nur ein Mittel sieht, den Kampf für unsere grossen Ziele um so besser zu führen, und daher vor Allem dem Proletariat das Bewusstsein beibringen will, dass die herrschenden Klassen trotz aller Zugeständnisse Feinde und die Ausbeuter bleiben, die völlig niederge-